

3209/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wurmitzer und Kollegen haben am 5. November 1997 unter der Nr. 321 8/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Finanzierung der Wiener Zeitung aus Steuermitteln“ gerichtet. Diese aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 bis 13:

Zunächst bitte ich um Verständnis, daß ich von einer einzeiweisen Beantwortung der gegenständlichen Anfrage nach den von den Fragestellern gewählten Kriterien auf Grund des damit verbundenen hohen Verwaltungsaufwandes für den Zeitraum 1990 bis 1997 Abstand nehme. So müßten im Falle einer sog. Personenkontenabfrage zum Begriff „Wiener Zeitung“ alle Buchungsbewegungen der letzten acht Jahre händisch gesichtet und überprüft werden, ob es sich bei diesen finanziellen Leistungen etwa um ein „Inserat“, eine „Beilage“, eine „Stellenausschreibung“, „öffentliche Vergaben“ bzw. „Veröffentlichungen“ etc. an das genannte Unternehmen handelt.

Es wurde daher die Beantwortung auf das Jahr 1997 und den Bereich der Zentralstelle beschränkt.

In diesem Sinne wurden im Zeitraum 1. Jänner bis 5. November 1997 49 Einschaltungen nach den Vergabennormen des Bundesvergabegesetzes 1993 bzw. 45 Einschaltungen nach dem GATT-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen getätigt; die Kosten hierfür beliefen sich auf insgesamt rund 830.000 Schilling. Überdies wurden in diesem Zeitraum acht Leitungsfunktionen nach dem Ausschreibungsgesetz 1989 öffentlich ausgeschrieben; die Kosten dieser Stellenausschreibungen betragen rund 80.000 Schilling.